

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Macht, Armut und die globale Wasserkrise**  
Bericht über die menschliche Entwicklung 2006
- 5 Frauenfrage zentral für Entwicklung in den arabischen Staaten**  
Vierter Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung (AHDR)
- 7 Der weite Weg zur Geschlechtergleichheit**  
Das Beispiel Tansania
- 9 Blinde Flecken in der Migrationsdebatte**  
Seminar zu Migration und Entwicklung
- 10 Angst vor Unfruchtbarkeit beeinträchtigt Kampf gegen Kinderlähmung**
- 11 Jedes vierte Kind in Osteuropa lebt in extremer Armut**
- 11 Kriege verschärfen Hunger**
- 12 Erste Muttermilch erhöht Überlebenschancen**
- 12 Weltbevölkerungszahl auf dem Höchststand**

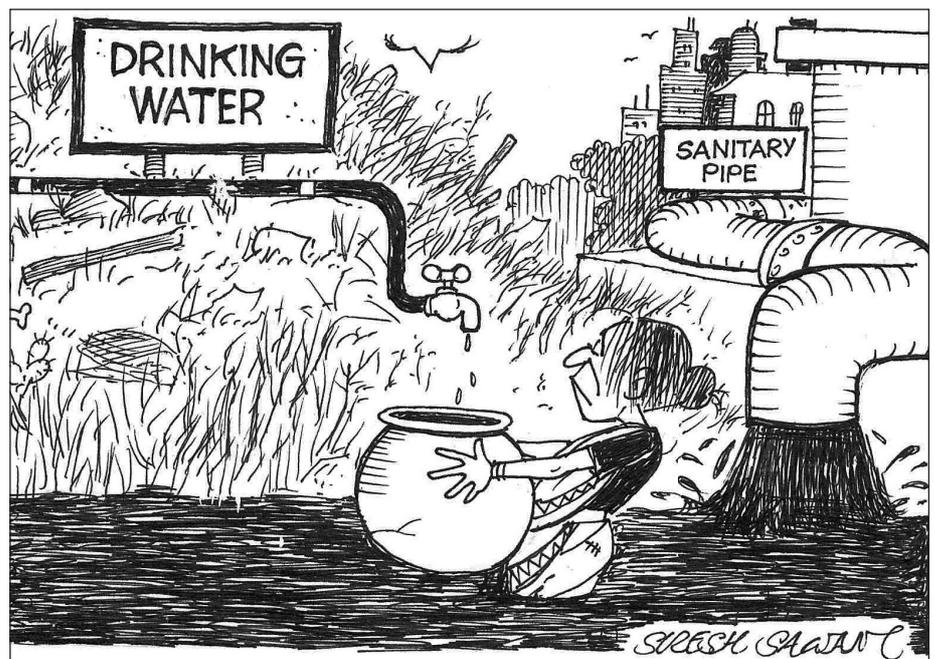
## Macht, Armut und die globale Wasserkrise

### Bericht über die menschliche Entwicklung 2006

*Weltweit haben 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, 2,6 Milliarden keinen Zugang zu grundlegender Sanitärversorgung, heißt es im neuen Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) mit dem Titel „Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise“. Um die Krise zu überwinden, sei ein globaler Aktionsplan erforderlich, der auch die Verteilungsgerechtigkeit zum Thema macht.*

Die Formulierung „kein Zugang zu...“ sei ein Euphemismus für große Entbehrungen, betont Kevin Watkins, Hauptautor des Berichts. „Kein Zugang zu sauberem Wasser“ bedeute, dass Menschen mehr als einen Kilometer von der nächsten sicheren Wasserquelle entfernt leben und ihr Wasser aus Be- oder Entwässerungsgräben

oder Fließgewässern holen, die mit Krankheitserregern verseucht sind. „Kein Zugang zu Sanitärversorgung“ bedeute, dass in Slums wie Kibera außerhalb von Nairobi die Menschen in Plastiktüten – „fliegenden Toiletten“ – ihre Notdurft verrichten und sie dann an den Straßenrand werfen, weil sie keine andere Wahl haben.



Suresh Sawant

Suresh Sawant, Mumbai

### Mangelnde Sanitärversorgung

Die sich verschärfende Krise im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung kostet jährlich fast zwei Millionen Kindern das Leben. Durchfallerkrankungen sind eine der Hauptursachen für die hohe Kindersterblichkeit in vielen Ländern. Deshalb fordern die Autoren, die bislang stark vernachlässigte Sanitärversorgung ganz oben auf die internationale Entwicklungsagenda zu setzen.

Ein Haupthindernis für Fortschritte ist, dass die Sanitärversorgung noch immer so stark mit Tabus belegt ist wie früher HIV/Aids, stellt der Bericht fest. Doch im Gegensatz zur Aids-Pandemie, die alle Gesellschaftsschichten betrifft, ist die Krise der Wasser- und Sanitärversorgung

vor allem eine Krise der Armen. Zwei Drittel aller Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, leben unter der Armutsgrenze. Im Bereich der Sanitärversorgung entfällt laut HDR 2006 mehr als die Hälfte des globalen Defizits auf die ärmsten zwei Fünftel aller Haushalte weltweit.

Aber auch in der Entwicklungszusammenarbeit gilt die Sanitärversorgung – von einfachen Latrinen über weiter verbesserte Technologien wie Spültoiletten bis hin zu Kanalisationssystemen – nicht als attraktiv. Dabei, so heißt es im HDR, könnten in kaum einem anderen Bereich mit so wenigen Investitionen so große Erfolge erzielt werden. Jeder US-Dollar, der in die Wasser- und Sanitärversorgung investiert werde, würde wirtschaftliche

Erträge in Form von gesparter Zeit, erhöhter Produktivität und verringerten Gesundheitskosten in Höhe von acht US-Dollar abwerfen.

### Die Kosten des Millenniums-Entwicklungsziels

Die zusätzlichen Kosten zur Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels zur Wasser- und Sanitärversorgung werden auf rund zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt. Doch nach dem derzeitigen Stand wird in 55 Staaten bei 234 Millionen Menschen das Ziel der Wasserversorgung nicht erreicht werden können. Das Ziel der Sanitärversorgung wird bei 430 Millionen Menschen in 74 Ländern verfehlt werden, heißt es in dem Bericht. Damit stehen auch andere Millenniumsziele auf dem Spiel. Weil keine Schultoiletten zur Verfügung stehen, brechen junge Mädchen in Afrika die Schule ab. Wasserbedingte Gesundheitsprobleme wie Wurmkrankheiten verhindern, dass Kinder zur Schule gehen. 443 Millionen Schultage gingen jährlich dadurch verloren, heißt es im HDR 2006.

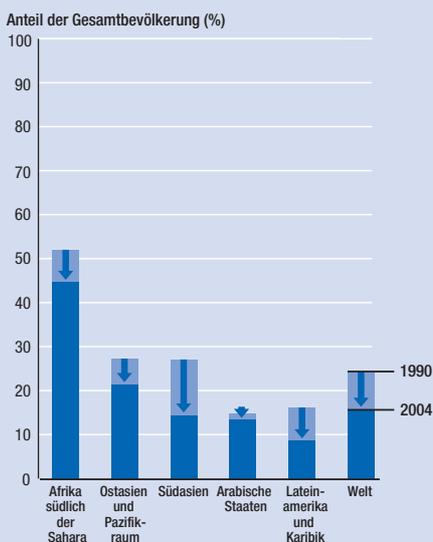
### Wasser als Menschenrecht

Die Armen brauchen Wasser zum Leben – zum Trinken, Kochen und Waschen. Das Menschenrecht auf Wasser – mindestens 20 Liter sauberes Wasser pro Tag für jede Bürgerin und jeden Bürger – müsse gesetzlich verankert werden, anstatt es bei vagen Verfassungsaussagen zu belassen, fordern die HDR-Autoren. Doch je ärmer Menschen sind, desto mehr zahlen sie für sauberes Wasser, wurde in Untersuchungen für den HDR herausgefunden. Menschen, die in städtischen Elendsvierteln leben, zahlen in der Regel fünf- bis zehnmal mehr pro Liter, als die Menschen in wohlhabenden Gegenden. Und Menschen in den ärmsten Bezirken von Accra oder Manila zahlen mehr als die Einwohner von New York, Paris oder London.

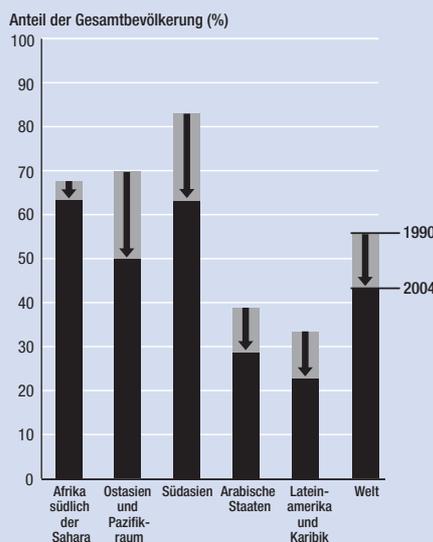
Die Armen brauchen Wasser auch als Lebensgrundlage – zum Anbau von Nahrungsmitteln und um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, betont der Bericht. Die Konkurrenz um Wasser für die Nahrungsmittelproduktion verschärft sich in alarmierendem Ausmaß. Das gilt innerhalb der Landwirtschaft, wo Wasserknappheit allein

Allmählicher Rückgang: Die weltweiten Defizite in der Wasser- und Sanitärversorgung

Menschen ohne Zugang zu einer verbesserten Wasserquelle

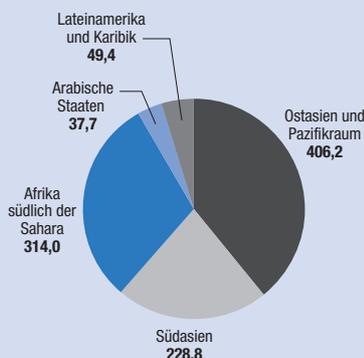


Menschen ohne Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung



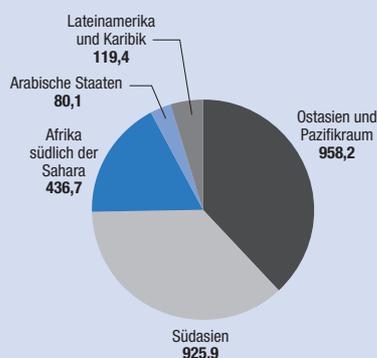
Anzahl der Menschen ohne Zugang zu einer verbesserten Wasserquelle in 2004 (Millionen)

Insgesamt: 1,1 Milliarden



Anzahl der Menschen ohne Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung in 2004 (Millionen)

Insgesamt: 2,6 Milliarden



Quelle: Berechnungen auf Grundlage der Daten von UNICEF 2006a.

Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2006

## Kaum Veränderungen beim HDI

Bei den Ländern an der Spitze und am unteren Ende der Rangliste des Index für menschliche Entwicklung (HDI) gibt es kaum Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Norwegen liegt an der Spitze, während der Niger das Schlusslicht der Länder bildet, für die ausreichende Informationen verfügbar sind. Die mittel- und osteuropäischen Länder und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) haben sich erholt, und seit 1990 kommen auch Ost- und Südasiens schneller voran. Doch in Afrika südlich der Sahara gibt es keine Anzeichen für Verbesserungen. Die Lebenserwartung ist aufgrund von HIV/Aids stark gesunken. In den 31 Ländern am unteren Ende der Rangliste, von denen 28 in Afrika südlich der Sahara liegen, beträgt sie im Durchschnitt nur 46 Jahre. Der diesjährige HDR bietet auch eine Momentaufnahme der Disparitäten zwischen den Einkommensgruppen innerhalb einzelner Länder, denn nicht selten verschleiern die nationalen Daten riesige Ungleichheiten innerhalb einzelner Länder – und damit den wahren Grad an menschlicher Entwicklung.

nicht die Hauptursache für Armut ist. Das grundlegende Problem seien die Regeln, Institutionen und Machtverhältnisse, die über den Zugang zu Wasser entscheiden, heißt es im HDR. Oft steht Endanliegern von Bewässerungskanälen nur ein Drittel der Wassers zur Verfügung, das die Bauern am Anfang eines Bewässerungskanals erhalten. Darüber hinaus zweigen Städte und die Industrie immer mehr Wasser aus der Landwirtschaft ab.

### Zunehmende Wasserknappheit

Im Jahr 2025 könnten mehr als drei Milliarden Menschen weltweit in Ländern mit Wasserknappheit leben, heißt es in dem Bericht. Eine dramatische Entwicklung in Südasien ist die rasche Erschöpfung der Grundwasserreserven. Die zunehmende Kanalbewässerung und in neuerer Zeit die modernen Techniken zur Grundwasserentnahme haben zu einer systematischen Vernachlässigung traditioneller Systeme geführt. Seit den 1980er Jahren ist die Anzahl der Zisternen, Teiche und anderer Oberflächenspeicher um fast ein Drittel zurückgegangen. Dadurch nahm die Neubildungskapazität des lokalen Grundwassers erheblich ab. Der Grundwasserspiegel fällt in Teilen Indiens jährlich um mehr als einen Meter und setzt damit die Zukunft der Landwirtschaft aufs Spiel.

### Konflikte um Wasser

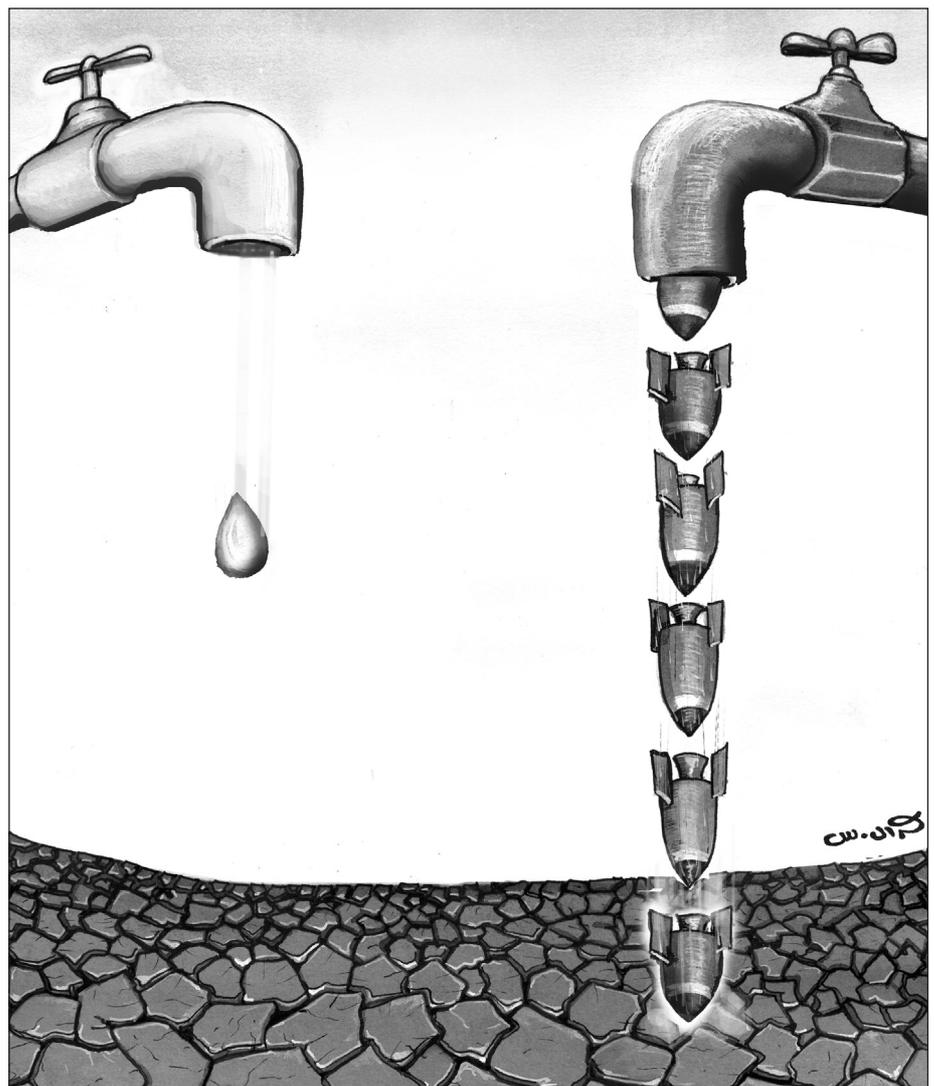
Die private Grundwasserentnahme ermöglichte Wassertransfers vom Land in die Stadt durch unregulierte, informelle Märkte, mit manchmal verheerenden Auswirkungen für die ländliche Bevölkerung.

Mit zunehmender Wasserknappheit verschärft sich der Wettbewerb um Wasser. Zugleich betont der HDR 2006, dass

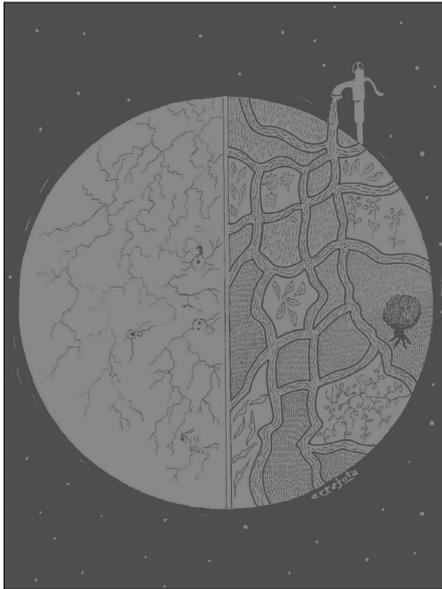
grenzüberschreitend die Zusammenarbeit in Bezug auf Wasserressourcen bereits sehr viel verbreiteter und erfolgreicher sei als allgemein angenommen. In den vergangenen 50 Jahren seien 37 Fälle dokumentiert, in denen bei Wasserdisputen zwischen Staaten Gewalt angewendet wurde. 30 dieser 37 Zwischenfälle fanden im Nahen Osten statt. Doch im gleichen Zeitraum wurden über 200 zwischenstaatliche Wasserabkommen ausgehandelt, heißt es in dem Bericht. Ein Beispiel ist das zwischen Indien und Pakistan geschlossene Abkommen über das Indus-Becken, das sogar während bewaffneter Konflikte in Kraft blieb.

### Gefahren durch Klimawandel

Arme Bauern sind durch den Klimawandel und den Konkurrenzkampf um knap-



Kamal Salman, Libanon, Quelle: eins-Entwicklungspolitik



Ruben Perotta, Argentinien  
Quelle: eins-Entwicklungspolitik

pe Wasserressourcen mit einer potenziell katastrophalen Wasserkrise konfrontiert, heißt es im HDR. Die große Mehrheit der mangelernährten Menschen auf der Welt – derzeit schätzungsweise 830 Millionen Menschen – sind Kleinbauern, Viehhirten und Tagelöhner in der Landwirtschaft. Der Klimawandel droht ihre Unsicherheit in Bezug auf die Wasserversorgung in einem noch nie da gewesenen Ausmaß zu verschärfen. Einige Regionen in Afrika südlich der Sahara müssen mit Ernteverlusten von bis zu 25 Prozent rechnen. Gleichzeitig verschärft sich in Entwicklungsländern die Konkurrenz um Wasser für die Nahrungsmittelproduktion in alarmierendem Ausmaß.

Störungen im Ablauf des Monsuns können bewirken, dass zwar die Regenmenge ansteigt, es aber insgesamt weniger Regentage gibt und daher mehr Menschen von Dürre bedroht sind. Durch das Ansteigen des Meeresspiegels wird es zu Frischwasserverlusten in Flussdeltasystemen kommen. Das beschleunigte Abschmelzen der Gletscher wird mittelfristig dazu führen, dass in vielen Ländern weniger Wasser zur Verfügung steht. In weiten Teilen der Region hängt die Sicherung der Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten von Gletschern ab. So speisen die Gletscher der Himalaya-Ketten und Tibets sieben der größten Flüsse auf der Welt. Durch die globale Erwärmung schmelzen die Gletscher rascher, wodurch das Risiko von Überschwemmungen im Frühjahr

steigt, auf die dann Wasserknappheit im Sommer folgt. In den nächsten 50 Jahren könnte sich die Gletscherschmelze zu einer der gravierendsten Bedrohungen für den menschlichen Fortschritt und die Ernährungssicherheit entwickeln.

Weil zum einen viele der ärmsten Menschen in Gebieten leben, die für extreme Klimaereignisse besonders anfällig sind, und sie zum anderen nur über geringe Anpassungsmöglichkeiten wie den Übergang zu Bewässerungslandwirtschaft, verbessertem Saatgut oder anderen Erwerbstätigkeiten verfügen, werden klimabedingte Veränderungen der Ernteerträge und der Ökosystemgrenzen in der Region dramatische Auswirkungen haben.

### Einige Lösungsansätze

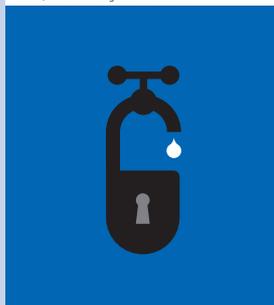
Um eine Katastrophe abzuwenden, plädiert der HDR dafür, die Rechte der armen ländlichen Bevölkerung zu stärken, ihren Zugang zu Bewässerung und neuen Technologien zu verbessern und ihre Anpassung an den unabwendbaren Klimawandel zu unterstützen. Um eine sichere Wasserversorgung für die Armen zu gewährleisten, sei eine stärkere internationale Zusammen-

arbeit dringender geboten denn je. Es sei ein globaler Aktionsplan erforderlich, an dem sich die G-8-Staaten aktiv beteiligen, um Mittel zu mobilisieren und die Wasser- und Sanitärversorgung ganz oben auf die Entwicklungsagenda zu setzen.

Die Debatte über eine öffentliche oder private Trägerschaft der Wasserversorgung hilft den Armen nicht, argumentiert der HDR 2006. „Die Debatte über die relativen Vorteile von Dienstleistungen des öffentlichen oder privaten Sektors hat von den unzureichenden Leistungen sowohl öffentlicher als auch privater Wasseranbieter bei der Bewältigung des Problems der weltweiten Defizite bei der Wasserversorgung abgelenkt“, heißt es in dem Bericht. Die Autoren fordern die Regierungen auf, nationale Pläne für die Wasser- und Sanitärversorgung zu erstellen, die durch Finanzierung in Höhe von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes und durch klare Strategien zur Überwindung von Ungleichheiten abgesichert werden sollen. Dazu gehören, das Millenniums-Entwicklungsziel um Zielvorgaben zur Verringerung von Ungleichheiten auf Grund von Geschlecht, Wohlstand oder Wohnort zu ergänzen. *Christina Kamp*

#### Bericht über die menschliche Entwicklung 2006

Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise



#### Bericht über die menschliche Entwicklung 2006. Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise

Deutsche Ausgabe. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2006, 512 S., ISBN 3-923904-63-0, 28,90 EUR

Englische Originalausgabe:

**Human Development Report 2006. Beyond scarcity: Power, poverty and the global water crisis.** United Nations Development Programme (UNDP), 2006, ISBN: 0-230-50058-7. Im Internet zum Download verfügbar unter [www.hdr.undp.org/hdr2006](http://www.hdr.undp.org/hdr2006).

#### Bezug:

UNO-Verlag Bonn

E-Mail: [info@uno-verlag.de](mailto:info@uno-verlag.de), Internet: [www.uno-verlag.de](http://www.uno-verlag.de)

#### Interaktive DVD zum Bericht über die menschliche Entwicklung: Globale Wasserkrise

Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2007, kostenlos. Mit über 200 Abbildungen, 22 Videos, 35 Grafiken und Illustrationen. Die DVD bietet eine geführte „Tour“ durch den Bericht mit verständlichen Erklärungen. Sie ermöglicht ein leichtes Navigieren durch komplexe Zusammenhänge rund um das Thema Wasser.

#### Bezug (gegen Portoerstattung):

DGVN, E-Mail: [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de), Internet: [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)

# Frauenfrage zentral für Entwicklung in den arabischen Staaten

## Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung (AHDR)

Der vierte UNDP-Sonderbericht über die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt schließt diese Serie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ab. Im Zentrum des Berichts steht der Aufstieg der Frauen in den arabischen Staaten. Einiges wurde erreicht, doch viel harret noch der Verwirklichung – nicht nur in der Gesetzgebung, sondern vor allem in den Köpfen.

„Frauen in der arabischen Welt sind Entfaltung und Chancengleichheit immer noch verwehrt“, lautet die wesentliche Botschaft des vierten und vorerst letzten Berichts über die menschliche Entwicklung in den arabischen Staaten. Der Titel „Frauen auf dem Weg nach oben in der arabischen Welt“ will Optimismus versprühen. Doch die Lebensumstände für Frauen haben sich in vielen arabischen Staaten trotz mancher Verfassungsreform nicht wesentlich verbessert. Zwar konnten Marokko und Kuwait Novellierungen im Familienrecht umsetzen, wurden Frauen in Parlamente gewählt, doch handelt es sich oft um bloß kosmetische Eingriffe. Neben einzelnen kleinen Fortschritten müssen die Autoren in vielen Bereichen ein eher düsteres Bild der Lage der Frauen zeichnen.

### Rückschritte im Irak und Palästina

Staaten und Gesellschaften, die noch vor zehn Jahren relativ säkular ausgerichtet und stabil waren, sind in Bürgerkrieg und Chaos abgeglitten. Dies trifft vor allem auf den Irak und die palästinensischen Gebiete zu, wo Frauen rechtlich und gesellschaftlich vor einigen Jahren sehr emanzipiert waren und im öffentlichen Leben ihre Rolle spielten. Das irakische Personenstandsrecht zählte einst zu den fortschrittlichsten in der gesamten Region. Mit der neuen Verfassung, die im Herbst 2005 auf Druck der USA per Referendum angenommen wurde, und den politischen Umwälzungen hat sich die Lage der Irakerinnen stark verschlechtert: Der ethnisch-konfessionelle Proporz, der nach libanesischem Vorbild in die Verfassung aufgenommen wurde, ermöglicht zwar die Einbeziehung aller Volksgruppen, diese Quoten lähmen aber das politische System und verhindern eine gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen nach demokratischem Mehrheitsprinzip. So haben bei den Wahlen die fundamentalis-

tischen Kandidaten die säkularen übertrumpft und versuchen nun ihre Vorstellung von Gesellschaft und Justiz umzusetzen, wodurch Frauen vom öffentlichen Leben verstärkt ausgeschlossen werden könnten. Der tägliche Überlebenskampf hat Vorrang, der Ruf nach Ausbildung für Mädchen und Teilnahme der Frauen am politischen Leben bleibt hierbei auf der Strecke.

### Hemmnisse für Entwicklung

Dieser Missstand betrifft nicht nur die Frauen, sondern stellt insgesamt ein Handicap für die Gesellschaft und Wirtschaft in den 22 arabischen Staaten dar. Im Jahre 2002 präsentierte UNDP neben dem Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) erstmals einen speziellen Regionalbericht über die arabische Welt. Die von arabischen Intellektuellen erstellte Untersuchung kam damals zur Diagnose: „In den arabischen Staaten liegt politisch und sozial vieles im Argen. Schuld daran sind fehlende politische Freiheit und die schlechte Stellung der Frau.“ Polemische Kommentatoren fühlten sich in ihrer Sicht der „rückständigen Araber“ bestätigt und wurden nicht müde, den Bericht zu zitieren. Es folgten weitere kritische Analysen, die aber nicht mehr so starken Wiederhall

fanden. Der dritte Bericht (2004), dessen Veröffentlichung bis zum Frühjahr 2005 lange verzögert wurde, nennt neben undemokratischen arabischen Regierungsformen als wesentliche Hürden für eine politische Erneuerung die Okkupation, ob jene der USA im Irak oder Israels in den palästinensischen Gebieten. Hiermit wollten sich die Stimmen, welche den ersten Bericht begrüßt hatten, nicht so intensiv auseinandersetzen. Die Lage der Menschenrechte und damit der Frauen hat sich infolge der politischen Gewaltspirale im Irak, Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten seither nur verschlechtert. Es sind wie zu allen Zeiten des Krieges die Frauen, welche die größte Last tragen. Daher widmen sich Autoren im nun vorliegenden Bericht unter anderem den dramatischen Auswirkungen des „Krieges gegen den Terror“ auf die Lage der Frauen. Die Bürgerrechte wurden in vielen Staaten beschnitten, so in Ägypten, Tunesien und Jordanien. Extremisten erhalten dadurch Auftrieb. Die kleinen Ansätze in Richtung Rechtsstaatlichkeit sind den neuen Sicherheitsgesetzen zur Terrorismusbekämpfung zum Opfer gefallen. Die Aussichten auf friedliche Veränderung der arabischen Welt scheinen heute geringer als noch vor fünf Jahren.

## Gesundheit der Frauen in der arabischen Welt

Frauen in den arabischen Ländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten, sind einem inakzeptabel hohen Risiko ausgesetzt, bei der Schwangerschaft und bei der Geburt zu erkranken oder zu sterben. Die Müttersterblichkeitsrate in den arabischen Ländern liegt im Schnitt bei 270 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten. In den ärmsten arabischen Ländern (Mauretanien und Somalia) steigt diese Rate auf über 1.000 Todesfälle an, während sie beispielsweise in Katar lediglich 7 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten beträgt.

Bedingt durch Krankheiten haben arabische Frauen eine erheblich niedrigere Lebenserwartung als Männer. Dieser relativ größere Verlust ist auf die allgemeine Lebensführung zurückzuführen, durch die Frauen diskriminiert werden.

Quelle: Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

### Voraussetzungen für eine arabische Renaissance

Was bereits 2002 kurz aufgegriffen wurde, untersucht der aktuelle Bericht: den Aufstieg der Frauen als Grundvoraussetzung für eine arabische Renaissance. Von einer umfassenden Erneuerung ist in den arabischen Medien und an Universitäten viel die Rede. Die letzte „nahda“, wie Renaissance auf Arabisch heißt, fand Ende des 19. Jahrhunderts statt. Damals ging es um eine Wiederbelebung von Sprache und Kultur als Grundlage für den säkularen arabischen Nationalismus. Ziel war die Befreiung von der osmanischen Fremdherrschaft. Wenn sich die arabische Welt heute neu erfinden will, was vom Maghreb bis zum Golf trotz all der unterschiedlichen Systeme und Ideologien dringend geboten ist, müssen die herrschenden Familien, Parteiapparate etc. ihre absolute Machtfülle aufgeben. Dazu gehört auch Chancengleichheit und staatsbürgerliche Gleichstellung der Frauen. Zwar wurde einiges erreicht, wenn man Bildung und andere Entwicklungsindikatoren heranzieht, doch nirgendwo sonst ist die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben so niedrig. Mehr als die Gesetzgebung muss sich so manche Familientradition ändern, nach der die Geburt eines Mädchens als Unglück gilt.

### Frauenbewegung mit arabischen Wurzeln

Die modernen Frauenbewegungen werden immer noch fälschlich als westlicher Import betrachtet, obwohl viele der Ideen für Gleichberechtigung in der Region historische Wurzeln haben. Der Kampf gegen die Kolonialmächte in den 1950er Jahren hatte vor allem in Nordafrika zu einer starken Entfaltung von Frauenorganisationen geführt. Im politischen Widerstand entwickelten sich die Forderungen nach Abschaffung der Polygamie und für eine höhere Bildung von Mädchen. Der arabische Nationalismus, geprägt von den Ideen der französischen Revolution und den bürgerlichen Bewegungen Europas, hat aber versagt. An seine Stelle sind die vielen Gruppen des politischen Islam getreten. Vorsichtig argumentieren die Autoren, wenn es um die Rolle des Islam als Bestandteil der arabischen Gesellschaften geht. Eine klare Trennung von Religion und Politik wird

nicht gefordert. Zweifellos haben viele Frauen auch innerhalb der islamistischen Parteien wie Hamas und Hizbollah Karriere gemacht und konnten ihre Überzeugungen teils besser mit dem Schleier vertreten. Der Bericht spricht den Ausgleich zwischen den universell anerkannten Menschenrechten und den religiösen Anforderungen an. Nicht beantwortet wird hingegen die Frage, ob der Islam als Teil einer politischen Ordnung, wie ihn die Muslimbruderschaft in Ägypten einfordert, die Basis für die Umsetzung der Menschenrechte schafft. Ob in Algerien oder im Irak, die Frauen waren in diesen Staaten in den 1970er Jahren in ihrer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung weiter als dies heute der Fall ist. Der algerische Bürgerkrieg von 1991 bis 1999 katapultierte die Frauen aus dem öffentlichen Leben wieder heraus. Eine leichte Verbesserung hat sich erst in den letzten Jahren wieder ergeben. Unverschleierte Frauen, die ihrer Arbeit nachgehen, sind aber auch auf den Straßen von Algier noch die Ausnahme. Ihre Großmütter hatten mehr Freiraum.

### Krisen könnten Frauen stärken

Wenig entscheidend für die Lage der arabischen Frauen ist offenbar das Volksein-

kommen, wenn man an die reichen Golfstaaten denkt, wo der Stand der Frauen im Schnitt schlechter ist als in den ärmeren Maghrebstaaten. In Marokko konnte der Gesetzgeber in Zusammenarbeit mit einer sehr bunten Zivilgesellschaft seit 2003 gegen den Widerstand der Traditionalisten einige Verbesserungen durchsetzen. In Saudi-Arabien hingegen durften Frauen an den Gemeinderatswahlen 2005 nicht teilnehmen.

Wenngleich die Aussichten gegenwärtig wenig viel versprechend sind, könnte langfristig dennoch manches in neuem Licht erscheinen. Die arabischen Frauen sollten aus den vielen Krisen, die in der arabischen Welt noch explodieren könnten, gestärkt hervorgehen. Sie werden infolge der Kriegsereignisse und des Verlusts einer Generation von gefallenen Männern diese ersetzen müssen, wie dies in Europa nach den Weltkriegen und im Iran nach dem Golfkrieg (1980-88) der Fall war.

*Karin Kneissl*

*Dr. Karin Kneissl ist freie Journalistin und Lehrbeauftragte in Wien und Beirut.*

**Weitere Informationen im Internet:**  
[www.undp.org.arabstates](http://www.undp.org.arabstates)

### Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2005. Frauen auf dem Weg nach oben in der Arabischen Welt.

Viersprachige Kurzfassung (deutsch, englisch, französisch, arabisch). Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2006, kostenlos. ISSN 1860-5893.

#### Bezug (gegen Portoerstattung):

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)  
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin  
Tel. (030) 25 93 75-0, Fax: (030) 25 93 75-29  
E-Mail: [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de)

Die deutsche Kurzfassung ist im Internet zum Download verfügbar unter [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de).

Englische Originalausgabe:

#### Arab Human Development Report 2005. Towards the Rise of Women in the Arab World.

Hrsg. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Genf, 2006, 314 S. ISBN 9789211261745. 28,70 EUR.

#### Bezug:

UNO-Verlag  
August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn,  
Tel. (02 28) 94 90 2-0, Fax: (02 28) 94 90 2-22,  
E-Mail: [info@uno-verlag.de](mailto:info@uno-verlag.de), Internet: [www.uno-verlag.de](http://www.uno-verlag.de)

# Der weite Weg zur Geschlechtergleichheit

## Das Beispiel Tansania

Die tansanische Regierung bekennt sich zur Gleichstellung der Geschlechter und hat in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Gesetze zum Schutz von Frauen und zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und Kinder erlassen. Dennoch ist Gewalt gegen Frauen in der tansanischen Gesellschaft nach wie vor weit verbreitet. Beim Index für geschlechterbezogene Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) liegt Tansania auf Platz 80.

Das patriarchalische System verwehrt Frauen den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen sowie das Recht zur Arbeitsaufnahme, und es verweigert ihnen reproduktive Rechte. Zu den Herausforderungen hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen in Tansania gehört auch die Benachteiligung von Frauen beim Eigentums- und Erbrecht, weibliche Genitalverstümmelung, ein höheres HIV/Aids-Risiko und Kinderheirat. Zum Beispiel erlaubt das Ehegesetz von 1971 die Heirat von Mädchen bereits ab dem Alter von 15 Jahren, während das Heiratsalter für Jungen mindestens 18 Jahre beträgt. Das Gesetz enthält eine allgemeine Erklärung gegen Gewalt in der Ehe, schreibt aber keine Maßnahmen zur Verhinderung oder Bestrafung solcher Vergehen vor.

### Gewalt in den Geschlechterverhältnissen

Traditionelle Normen und Praktiken in den zumeist patriarchalisch organisierten Ethnien sorgen dafür, dass Frauen sowohl in der Stadt als auch in den ländlichen Gebieten Männern untergeordnet sind und Mädchen gegenüber Jungen benachteiligt werden. Frauen können dafür bestraft werden, dass sie keine Kinder gebären. Ein Ehemann kann seine Frau behandeln, wie es ihm beliebt, und häusliche Gewalt ist in allen Gesellschaftsschichten weit verbreitet. Nach einer kürzlich veröffentlichten Schätzung des Legal and Human Rights Centre (LHRC) in Dar-es-Salaam haben 60 Prozent der tansanischen Frauen häusliche Gewalt bereits erfahren. Nicht wenige Frauen werden von ihren Ehemännern umgebracht oder begehen Selbsttötung in Folge von Missbrauch oder häuslicher Gewalt. Frauen in Flüchtlingslagern, wie an der tansanischen Grenze zu Burundi und Uganda, sind einem besonders hohen Risiko von Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt ausgeliefert. Kulturelle, familiäre und soziale Zwänge hindern Frauen oftmals daran, Behörden

über erfahrene Gewalt und Misshandlungen zu informieren und rechtlichen Beistand zu suchen.

### Diskriminierende Eigentums- und Erbschaftsrechte

Noch immer sind Frauen im Hinblick auf Eigentums- und Erbschaftsrechte gegenüber Männern stark benachteiligt. Dies liegt unter anderem daran, dass die Regierung Zugeständnisse sowohl an traditionelle Gewohnheitsrechte wie auch an islamisches Recht gemacht hat. Nach in Sansibar gültigem Recht können unverheiratete Frauen, die vor dem 21. Lebensjahr schwanger werden, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Nach wie vor ist die Anzahl der Mädchen, die eine weiterführende Schule besuchen, geringer als die der Jungen. Traditionell definierte Normen hinsichtlich geschlechtsbezogener Arbeitsteilung und Rollen weisen Frauen (und Mädchen) nach wie vor eine Männern (und Jungen) untergeordnete Stellung zu.

### Fehlende Kontrolle über Ressourcen

In ländlichen Gebieten sind Frauen weitgehend in landwirtschaftliche und häusliche Tätigkeiten eingebunden. Sie haben nur selten Gelegenheit, einen Beruf außerhalb der Landwirtschaft auszuüben oder eine bezahlte Anstellung aufzunehmen. Da Frauen oftmals der Zugang und die Kontrolle über Ressourcen und Eigentum wie Häuser, Vermögen und Land verweigert wird, ist es für sie besonders schwer, auf eigenen Füßen zu stehen. Ökonomische Abhängigkeit führt dazu, dass gesetzliche Maßnahmen zur Gleichstellung faktisch wirkungslos bleiben.

### Restriktives Arbeitsrecht

Die tansanische Verfassung verbietet die Benachteiligung auf der Grundlage von

Nationalität, Stammeszugehörigkeit, Herkunft, politischer Überzeugung, Hautfarbe oder Religion. Diskriminierungen auf der Grundlage von Geschlecht, Alter oder Behinderung sind nicht ausdrücklich vom Gesetz untersagt, werden aber in öffentlichen Verlautbarungen negativ sanktioniert. Doch die Diskriminierung von Frauen, religiösen und ethnischen Minderheiten hält an. Obwohl die Regierung sich für die Gleichberechtigung von Frauen am Arbeitsplatz einsetzt, werden diese Rechte bis heute nicht durchgesetzt. Frauen sind nach wie vor in vielen Bereichen von der Ausübung einer Berufstätigkeit praktisch ausgeschlossen. So dürfen Frauen in Tansania z.B. grundsätzlich in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens nicht arbeiten.

### Benachteiligung im Bildungsbereich

Das tansanische Gesetz schreibt sieben Jahre Schulpflicht bis zum Alter von 15 Jahren vor, doch die Schulausbildung kostet Geld. Schulgebühren müssen für Schulbücher, die Einschreibung und Uniformen bezahlt werden, mit dem Ergebnis, dass Kinder aus armen Familien vom Schulbesuch und Bildungserwerb ausgeschlossen sind oder die Schule frühzeitig

### Alphabetisierungsquote (15 Jahre und älter) 2004

#### Prozentualer Anteil weiblich im Verhältnis zu männlich

1. Lesotho (122,5 %)
80. Türkei (83,5 %)
81. Papua Neuguinea (80,3 %)
<b>82. Tansania (80,2 %)</b>
83. Saudi-Arabien (79,6 %)
84. Laos (79,1 %)
115. Afghanistan (29,2 %)

Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung 2006, Country Fact Sheets Tansania

und ohne Abschluss beenden. Die Alphabetisierungsquote liegt bei ca. 70 Prozent, doch nur 57 Prozent der Mädchen können lesen und schreiben, im Vergleich zu 80 Prozent der Jungen. Obwohl bereits 1996 ein Gesetz verabschiedet wurde, das Mädchen auch im Falle einer Schwangerschaft den weiteren Schulbesuch erlaubt, um ihre Schulausbildung abzuschließen, werden viele Mädchen bei Schwangerschaft zum Verlassen der Schule gezwungen. Noch immer werden weniger Mädchen zur Schule geschickt als Jungen, und dieses Missverhältnis vergrößert sich von Schuljahr zu Schuljahr. In vielen ländlichen Distrikten lässt sich dieser Trend auf das frühe Heiratsalter der Mädchen und deren Verheiratung auf Geheiß der Eltern zurückführen. Dennoch – und dies ist ein erfreulicher Trend – ist die Teilnahme von Mädchen seit 1990 gestiegen.

Im November 2006 erregte ein unangekündigter Besuch des Vize-Präsidenten in einer ländlichen Sekundarschule große Medienaufmerksamkeit, nachdem bekannt wurde, dass dort von 40 eingeschriebenen Mädchen einer bestimmten Klassenstufe (Form 2) tatsächlich nur noch sieben die Schule besuchten. Die 33 übrigen hatten die Schule nach frühzeitiger Heirat verlassen oder waren wegen Schwangerschaft von der Schule verwiesen worden.

### Schädliche kulturelle Praktiken

Weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) betrifft in Tansania etwa 18 Prozent der weiblichen Bevölkerung und wird meist in frühem Kindesalter vollzogen. In einigen ethnischen Gruppen ist FGM normative Praxis, in anderen verringern sich die Heiratschancen einer Frau, die sich diesem Ritual nicht unterzogen hat. Die wegen ihrer physischen und psychischen Folgen geächtete Praxis wird noch immer von etwa 20 der 120 wichtigsten ethnischen Gruppen in Tansania praktiziert. FGM wurde 1998 per Gesetzeserlass unter Strafe gestellt und seither auch mehrfach strafrechtlich verfolgt. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen bemühen sich gemeinsam um Aufklärung der Bevölkerung über die Schädlichkeit dieses Rituals. Es finden häufig Seminare statt, in denen über FMG, und andere diskriminierende Praktiken aufgeklärt wird, – z. B. über die „Tradition“ der Weitergabe von Frauen an männliche Clanangehörige, die frauenfeindlich ist und das Risiko der Verbreitung von HIV/AIDS drastisch erhöht. Inzwischen gibt es einige Nichtregierungsorganisationen in Tansania, die Rechtsberatung und Fortbildungen über die Rechte und den Schutz von Frauen, insbesondere vor sexueller Gewalt und Belästigung anbieten.



Jose Miguel Pires Junior, Brasilien, Quelle: eins-Entwicklungspolitik

### Lebenserwartung im Geschlechterverhältnis

Prozentualer Anteil weiblich im Verhältnis zu männlich	weibl. männl. (bei der Geburt, in Jahren, 2004)	
1. Russische Föderation (122,4 %)	72,0	58,9
136. Ghana (101,6 %)	57,4	56,5
177. Namibia (101,4 %)	47,5	46,8
<b>178. Tansania (101,4)</b>	<b>46,2</b>	<b>45,6</b>
179. Nepal (101,4 %)	62,4	61,6
180. Guinea (101,1 %)	54,2	53,6
191. Kenia (95,8 %)	46,5	48,5

Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung 2006, Country Fact Sheets Tansania

### Tansania im UNDP-Ländervergleich

Der Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index – HDI) der Republik Tansania beträgt 0.430. Damit steht Tansania auf Rang 162 von insgesamt 177 im Bericht über die menschliche Entwicklung 2006 erfassten Ländern. Der Index für menschliche Armut (Human Poverty Index HPI) beträgt 36,3; damit nimmt Tansania die 64. Position von insgesamt 102 im UNDP-Bericht erfassten Ländern ein.

Der Index für geschlechterbezogene Entwicklung (Gender-related Development Index GDI) wurde 1995 erstmals in den UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung aufgenommen. Er misst die Entwicklung auf der Grundlage derselben Indikatoren wie der HDI, versucht dabei jedoch, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu erfassen.

Von den insgesamt 136 Ländern, in denen sowohl HDI- als auch GDI-Werte ermittelt wurden, weisen 79 weniger Ungleichheit auf als Tansania.

Thomas Döhne

Dr. Thomas Döhne ist freier Journalist, Berater und Gender-Trainer.

# Blinde Flecken in der Migrationsdebatte

Seminar zu Migration und Entwicklung am 9.12.2006 in Bonn

Seit die Tatsache für Schlagzeilen sorgte, dass die Rücküberweisungen von Migranten an ihre Familien die staatliche und internationale Entwicklungshilfe in manchen Ländern übertreffen, rückt die Migration stärker ins entwicklungspolitische Interesse. In aktuellen Berichten der Vereinten Nationen und Weltbank wird Migration als „win-win“-Strategie dargestellt. Dass es in der Migrationsdebatte aus entwicklungspolitischer Sicht noch einige „blinde Flecken“ gibt, zeigten das Asienhaus und das Informationszentrum Dritte Welt (iz3w) auf einem Seminar Anfang Dezember 2006 in Bonn.

So werde zum Beispiel die ökonomische Bedeutung von Migration betont, während soziale Aspekte und vor allem Aspekte der Daseinsvorsorge weitgehend ausgeklammert bleiben. Zu den „Leerstellen“ in der Debatte gehörten vor allem auch die menschlichen und individuellen Kosten der Migration sowie neu entstehende soziale Disparitäten.

Die hohen Rücküberweisungen der Migranten seien kein Beitrag zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Dafür liege die Verantwortung bei den Regierungen, betonte Martina Backes vom iz3w. Die Regierungen müssten sich auch der Gefahr bewusst sein, dass Migrantinnen in Bezug auf die Millenniums-Entwicklungsziele besonders schlecht abschneiden könnten, denn für Migrantenkinder gebe es oft keine Schulen und auch die Gesundheitsversorgung sei in vielen Fällen schlechter.

## Tendenz zur Vereinnahmung

Migration müsse auch daran gemessen werden, inwieweit sie die soziale Gerechtigkeit erhöht und Ungerechtigkeiten abzubauen hilft. Den Rücküberweisungen werden nicht die entsprechenden Kosten der Ausbildung und Vermittlung sowie die Reisekosten der Migrantinnen und Migranten gegenübergestellt. Stattdessen würden die Früchte der Migration für die politische Armutsbekämpfungsrhetorik instrumentalisiert, meinte Martina Backes. Die Praxis der Migration entzieht sich in vieler Hinsicht jedoch der staatlichen Kontrolle. Viele Länder agieren gegenüber Migranten zunehmend restriktiv. So auch Malaysia, wie Rolf Jordan vom Asienhaus in Essen zeigte. In Malaysia habe sich eine regelrechte Migrationsindustrie entwickelt, die sowohl Dienstleistungen für ausländische Arbeitskräfte in Malaysia anbietet, die sich offiziell im Land aufhalten, als auch für „illegale“ Arbeitsmigranten. Von staatlicher Seite werde die Ar-

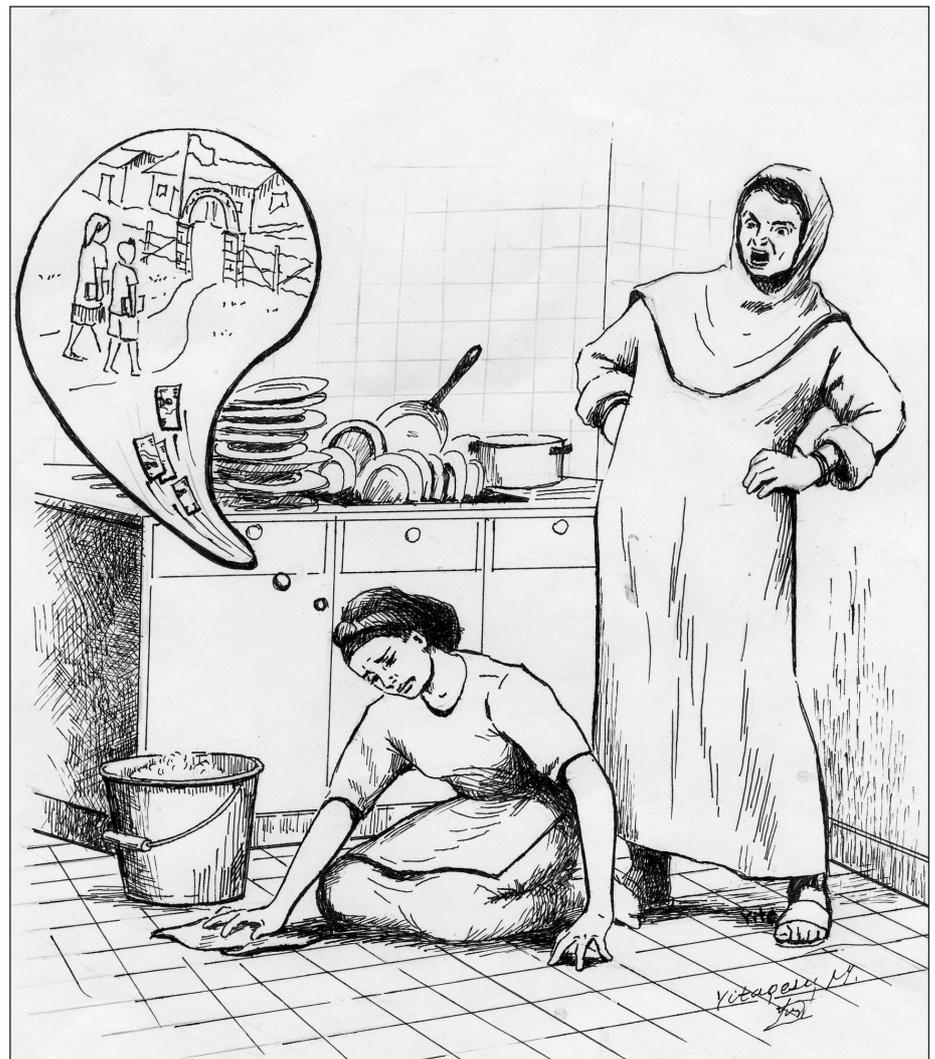
beitsmigration zunehmend beschränkt und der Einsatz von Migranten durch Besteuerung zu lenken versucht. Migration habe sich zu einem „Kampfplatz“ um staatliche Souveränität entwickelt.

## Bald Haushaltshilfen mit Dokortitel?

Weitgehend ausgeblendet wird in der Debatte auch der informelle Sektor. In vielen städtischen und Randökonomien und auch

im Tourismus arbeiten besonders viele Migranten. In der Landwirtschaft ist der Einsatz von Migranten als Saisonarbeiter ein Mittel zur Kostenreduzierung. Dabei wird das jeweilige Gefälle zwischen relativ reicheren und ärmeren Ländern ausgenutzt, das selbst niedrig qualifizierte und schlecht bezahlte Tätigkeiten für Migranten attraktiv macht.

Dass dies zuweilen groteske Züge annehmen kann, machte Mary Lou Hardillo-Werning vom philippinischen Frauennetz-



Quelle: © IOM 2006, Yitagesu Mergia

werk Babaylan deutlich. In den Philippinen würden Ärztinnen zu Krankenschwestern „fortgebildet“. Denn im Ausland finden sie als Krankenschwestern leichter Arbeit und verdienen mehr, als wenn sie als Ärztinnen in ihrer Heimat arbeiten würden. „Bald haben wir auch Haushaltshilfen mit Dokortitel“, meint Hardillo-Werning. Die Regierung habe bereits ein Programm für „super-nannies“ aufgelegt.

Mary Lou Hardillo-Werning ist eine von sieben bis acht Millionen Filipinos und Filipinas, die im Ausland leben. Sie gelten in ihrer Heimat als „moderne Heldinnen und Helden“, die mit ihren Überweisungen die philippinische Wirtschaft über Wasser halten. Frauen überweisen in der Regel mehr Geld als Männer. Migration sei für sie durchaus eine Quelle von „Empowerment“, wenn ihr Status, ihr Selbstwertgefühl und ihr Entscheidungsspielraum dadurch steigen. Viele Männer dagegen empfinden die Abhängigkeit vom Einkommen ihrer Frauen als Affront, führten damit aber oft ein komfortables Leben.

### Forderung nach „Empowerment“

Für die philippinischen Migrantinnen ist „Empowerment“ in ihrer Herkunftsgesellschaft nur eine Seite der Medaille. Im Ausland arbeiten sie oft in wenig geregelten Bereichen wie in der Unterhaltungsbranche oder als Haushaltshilfen. Dabei sind sie häufig Demütigungen und Stereotypisierungen und nicht selten auch sexueller Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt. Deshalb fordert das Netzwerk Babaylan vor allem ein „Empowerment“ der Migrantinnen in den Ländern, in denen sie leben und arbeiten. Auch sollten Migrantinnen in Entwicklungsprojekte eingebunden werden, um ihre Rolle bei der Entwicklung ihres Heimatlandes zu stärken. Das heiÙe jedoch nicht, dass Migrantinnen sich vereinnahmen lassen wollen, wenn Migrationspolitik nun zum entwicklungspolitischen Instrument erhoben wird.

*Christina Kamp*

### Literatur/Materialien:

Grenzüberschreitungen – Migration von Süd nach Süd. Zeitschrift des iz3w Nr. 295, Freiburg, September 2006. ISSN 1614-0095.

## Angst vor Unfruchtbarkeit beeinträchtigt Kampf gegen Kinderlähmung

*In den meisten Teilen der Welt gilt der Kampf gegen die Kinderlähmung als gewonnen. In einigen Ländern nehmen jedoch die Polio-Fälle wieder zu. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation haben sich im vergangenen Jahr 1.985 Menschen mit Polio-Viren indischen, pakistanischen, afghanischen und nigerianischen Ursprungs angesteckt.*

Die Kinderlähmung (Poliomyelitis) ist eine Krankheit, die durch Tröpfchen- oder Schmierinfektion übertragen wird. Der Erreger verbreitet sich durch Fäkalien, so dass schlechte hygienische Verhältnisse die Verbreitung begünstigen. Das Virus greift das Nervensystem an und führt schließlich zu Lähmungen. Um als poliofrei zu gelten, darf ein Land drei aufeinander folgende Jahre lang keine Neuinfektionen aufweisen. Nigeria verzeichnete 2006 insgesamt 1116 Polio-Fälle, Indien insgesamt 672 Polio-Fälle (gegenüber 66 Fällen 2005).

### Polio in Indien

Im September 2006 warf die Weltgesundheitsorganisation Indien vor, Polio nach Nepal, Bangladesch und Afrika „aktiv zu exportieren“, nachdem festgestellt worden war, dass das genetische Muster der Viren, die dort zur Ansteckung geführt hatten, dem der indischen Polio-Viren entsprach. Die Anzahl infizierter Kinder stieg im nördlichen Teil des indischen Bundesstaates Uttar Pradesh, und auch Bundesstaaten, die als poliofrei galten, waren betroffen. Dies veranlasste die indische Regierung, erneut eine breite Immunisierungskampagne auf den Weg zu bringen. Gegen solche Kampagnen gibt es jedoch (nicht nur in Indien) deutlichen Widerstand.

### Angst vor Unfruchtbarkeit und Aids

In Uttar Pradesh und West-Bengalen haben sich muslimische Gemeinschaften zum Teil gewaltsam gegen Polio-Immunisierungen gewehrt, weil sie Angst haben, dass ihre Kinder dadurch unfruchtbar werden könnten. Sie vermuten dahinter eine verkappte Kampagne zur Bevölkerungskontrolle der muslimischen Minderheit. Auch im Norden Nigerias sind ähnliche Gerüchte verbreitet. Hier heißt es zudem, die Impfung könnte das HI-Virus übertragen und zu Aids führen. In Pakistan sollen religiöse Führer über Radio verbreitet haben, dass hinter den

Immunisierungen eine „amerikanische Verschwörung“ stecke, um die Bevölkerung Pakistans zu reduzieren. Ebenfalls verbreitet ist das Argument, hinter den Kampagnen stünden westliche Pharmafirmen und deren Geschäftsinteressen.

### Mangelnde Qualität von Impfstoffen

Weitaus bedenklicher sind aber die Sorgen der Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen, weil sie generell kein Vertrauen in die Qualität der Impfstoffe haben. Häufig würden Impfstoffe nicht sachgemäß gelagert (z.B. nicht gekühlt), so dass zum einen ihre Wirksamkeit in Frage gestellt wird, zum anderen Nebenwirkungen auftreten könnten. Nicht immer würden wirksame Impfstoffkombinationen verwendet. Auch die Gefahr, dass Polio-Schluckimpfungen unter Umständen selbst Polio auslösen können, führt dazu, dass Kinder von Impfungen ferngehalten werden. Immer wieder berichten indische Zeitungen über Krankheits- oder Todesfälle bei Kindern, die kurz zuvor an Immunisierungsprogrammen teilgenommen haben. Auch wenn sich der ursächliche Zusammenhang zwischen den Immunisierungen und solchen Fällen nicht beweisen lässt, ist doch die Bevölkerung hinreichend verunsichert.

In der Immunisierungspraxis wirken sich begründete wie unbegründete Sorgen ähnlich aus: Die Immunisierungsquote sinkt. Und je näher man der Ausrottung der Kinderlähmung kommt, desto schwieriger wird es, weitere Fortschritte zu machen. Mit sinkender Zahl an Betroffenen lässt auch das öffentliche Interesse an der Krankheit und deren wirksamer Bekämpfung nach. Der Zeitpunkt, an dem die Kinderlähmung als besiegt gelten kann, verschiebt sich weiter in die Zukunft.

*Christina Kamp*

**Weitere Informationen im Internet:**  
[www.polioeradication.org](http://www.polioeradication.org)

## Jedes vierte Kind in Osteuropa lebt in extremer Armut

*Jedes vierte Kind in Südosteuropa und der ehemaligen Sowjetunion lebt in extremer Armut, obwohl sich die wirtschaftliche Lage in der Region deutlich verbessert hat. Armut ist der Hauptgrund dafür, dass eine große Zahl von Kindern in den neuen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien nicht in ihren Familien, sondern in Heimen aufwächst. In Russland ist Einkommensarmut oft mit erhöhter Kindersterblichkeit verbunden. Dies sind Ergebnisse eines neuen UNICEF-Berichts, der die Lage der Kinder in 20 Staaten Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion untersucht.*

Zwar wachsen heute deutlich weniger Kinder in Armut auf als noch Ende der 90er Jahre. Doch dass ihre Zahl von 32 auf 18 Millionen deutlich gesunken ist, liegt weniger an Verbesserungen für Kinder, sondern an der sehr viel niedrigeren Geburtenrate. Allein im Zeitraum von 1998 bis 2003 nahm die Zahl der Kinder in der Region um 11 Millionen ab.

### Mehr Kinder – mehr Armut

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die in Haushalten leben, denen weniger als umgerechnet 1,70 Euro pro Tag zur Verfügung steht, schwankt von fünf Prozent in Bosnien- Herzegowina bis zu 80 Prozent in Kirgistan. In allen Ländern der Region sind Kinder jedoch häufiger von Armut betroffen als Erwachsene. Gleichzeitig klafft die Schere zwischen Arm und Reich

immer weiter auseinander. Je mehr Kinder in einer Familie leben, desto häufiger sind sie von Armut betroffen. In Russland zum Beispiel liegt die Armutsrate für Familien mit einem Kind bei 9 Prozent, bei Familien mit drei oder mehr Kindern steigt sie auf 34 Prozent.

### Stagnation statt Fortschritt

Die UNICEF-Studie zeigt zudem, dass sich hinsichtlich der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der Wohnsituation von Kindern seit Ende der 90er Jahre noch weniger verbessert hat als beim Einkommen der Familien. Obwohl sehr viel weniger Kinder geboren werden, geht die Zahl der Kinder, die in Heimen untergebracht werden, nicht zurück. Auch bei der Gesundheitsversorgung gibt es statt Fortschritt vielfach Stagnation. In Russland zum Beispiel ist in Regionen, in denen Ein-

kommensarmut herrscht, auch die Kindersterblichkeit höher.

In allen untersuchten Ländern wachsen Kinder in ländlichen Gebieten häufiger in Armut auf als in den Städten. Auf dem Land leben Kinder deutlich seltener in Wohnungen mit fließendem Wasser. Sie haben schlechteren Zugang zu weiterführenden Schulen und medizinischen Einrichtungen.

### Forderungen

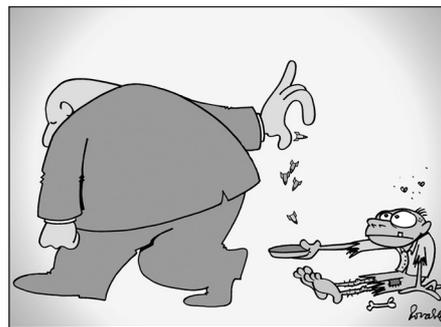
UNICEF fordert die Regierungen in der Region auf, dem Kampf gegen Kinderarmut oberste Priorität einzuräumen. Die Regierungen sollten mehr in die Gesundheitsversorgung, in Schulen und in eine bessere soziale Infrastruktur investieren, damit Familien mit Kindern nicht in extreme Armut abrutschen.

ck

## Kriege verschärfen Hunger

Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen haben dramatische Folgen für den Kampf gegen den Hunger in den betroffenen Ländern. Das ist eines der zentralen Ergebnisse eines Berichts, den die Deutsche Welthungerhilfe und das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) im Oktober in Berlin vorgestellt haben. Von 119 untersuchten Entwicklungs- und Transformationsländern befinden sich zehn afrikanische Staaten an letzter Stelle, die direkt oder indirekt unter Krieg oder Kriegsfolgen leiden. Burundi, in dem seit zehn Jahren Bürgerkrieg herrscht, steht an letzter Stelle.

Der Bericht und die Länderrangfolge beruhen auf einem Welthunger-Index, den das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington entwickelt hat. Er umfasst mehrere Indika-



Ronaldo Cunha Dias, Brasilien,  
Quelle: eins-Entwicklungspolitik

toren wie Kindersterblichkeit und Unterernährung und vergleicht die Entwicklung der Länder über einen Zeitraum von rund 20 Jahren. „Der Index spiegelt die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Hunger wieder“, sagt Dr. Joachim Braun, Direktor des Instituts. Ingeborg Schäuble,

Vorstandsvorsitzende der Welthungerhilfe, wies auf die positiven Ergebnisse der Untersuchung hin. So sei es in stabilen Ländern wie Ghana gelungen, Hunger, Unterernährung und Kindersterblichkeit deutlich zu verringern. Auch in Nachkriegsländern wie Äthiopien, Mosambik und Angola konnten in den letzten zehn Jahren beeindruckende Fortschritte erzielt werden. „Es ist allerdings ein Irrtum zu glauben, allein wirtschaftliche Entwicklung reiche aus, um Hunger zu reduzieren“, sagte Schäuble. „Ohne Investitionen in Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung können sich diese Länder nicht entwickeln.“

ck

### Weitere Informationen:

[www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

## Erste Muttermilch erhöht Überlebenschancen

Je früher Säuglinge gestillt werden, umso höher sind ihre Überlebenschancen. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die im Auftrag des britischen Entwicklungsministeriums DFID erstellt wurde. Zwar konnte in den 1980er Jahren die Kindersterblichkeit insgesamt stark gesenkt werden, doch hatte dies wenig Einfluss auf die Überlebenschancen von Neugeborenen im ersten Lebensmonat. Im Jahr 2002 starben vier Millionen Säuglinge im ersten Lebensmonat, und die Todesfälle bei Neugeborenen machen heute 36 Prozent aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren aus.

16 Prozent aller Todesfälle bei Neugeborenen könnten verhindert werden, wenn alle Säuglinge ab dem ersten Tag gestillt würden, und 22 Prozent, wenn damit innerhalb der ersten Stunde nach der Geburt begonnen würde. Damit könnten weltweit fast eine Million Neugeborene jährlich gerettet werden. Besonders wichtig seien solche Programme in Afrika südlich der Sahara, wo die Kindersterblichkeit besonders hoch ist und wo bereits viele Frauen ihre Babys hauptsächlich stillen. Das Kolostralmilch in den ersten Tagen nach der Entbindung ist reich an Substanzen, die die In-

fektabwehr des Babys stärken. Doch in einigen Ländern gilt diese Vormilch als unrein und wird durch Ersatz-Nahrung ersetzt, die zum Beispiel unsauberes Wasser, Getreide, Kuhmilch oder Kräuterzubereitungen enthalten kann, die weniger nahrhaft sind und die Neugeborene gefährlichen Krankheitserregern aussetzen oder ihr Verdauungssystem schädigen können. Mit Programmen zur Förderung des frühzeitigen Stillens könnte ein wichtiger Beitrag zur Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels zur Senkung der Kindersterblichkeit geleistet werden, so DFID. *ck*

## Aktuelle Weltbevölkerungszahl auf dem Höchststand

Jede Sekunde wächst die Menschheit um etwa 2,6 Erdenbürger. Das sind mehr als 1,5 Millionen Menschen pro Woche und mehr als 80 Millionen im Jahr. Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl Deutschlands. Zum Jahreswechsel 2007 betrug die Weltbevölkerung ca. 6.589.116.000 Menschen. Mit einer Weltbevölkerungsuhr gibt die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) die jeweils aktuelle Weltbevölkerungszahl bekannt. In nur sechs Jahren soll danach die Weltbevölkerung die Sieben-Milliarden-Marke erreicht haben. Das Wachstum findet zu

98 Prozent in den Entwicklungsländern statt.

Über Jahrtausende wuchs die Weltbevölkerung nur sehr langsam: Von Christi Geburt bis zum Beginn der Neuzeit stieg die Bevölkerungszahl lediglich um 200 Millionen. Hungersnöte, Naturkatastrophen und Klimawandel bedrohten damals die Existenz ganzer Völker. Erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts beschleunigte sich das Wachstum der Menschheit deutlich. Im Laufe der letzten 100 Jahre vervierfachte sich die Weltbevölkerung nahezu: von 1,6 Milliarden Menschen im Jahr 1900 auf

über sechs Milliarden – ein in der Geschichte der Menschheit einmaliger Vorgang. Zurzeit wächst die Weltbevölkerung etwa alle 14 Jahre um eine weitere Milliarde Menschen. *ck*

### Die Weltbevölkerungsuhr im Internet:

[www.weltbevoelkerungsuhr.de](http://www.weltbevoelkerungsuhr.de)

### Wie funktioniert die Weltbevölkerungsuhr?

Die Weltbevölkerungsuhr zählt natürlich nicht wirklich die Menschen, die tagtäglich auf der Erde geboren werden oder sterben. Ihr liegen Daten des US-amerikanischen Population Reference Bureau (PRB) zugrunde. Experten beim PRB errechnen den Zuwachs der Weltbevölkerung bis auf die Sekunde.

Zuwachs der Weltbevölkerung:	
pro Jahr:	80.614.726 Menschen
pro Monat:	6.717.894 Menschen
pro Woche:	1.550.283 Menschen
pro Tag:	220.862 Menschen
pro Stunde:	9.203 Menschen
pro Minute:	153 Menschen
pro Sekunde:	2,6 Menschen

### Richtigstellung

Im Informationsdienst Bevölkerung & Entwicklung Nr. 61 haben sich zwei Fehler eingeschlichen, die wir hiermit richtig stellen möchten.

Frau Katja Tombrock-Söll ist nicht Abgeordnete des Europäischen Parlaments, sondern wissenschaftliche Mitarbeiterin der EU-Abgeordneten Eva Klant und spezialisiert auf Migrationsfragen und EU.

Bei der Angabe, 2010 werde in den großen deutschen Städten bereits jeder zweite Einwohner ... einen Migrationshintergrund haben, fehlte der wichtige Zusatz „unter 40 Jahren“.

Wir bitten um Entschuldigung.